

FMP beteiligt sich am Referendum gegen die Managed-Care-Vorlage

Im Mai hat die FMP eine öffentliche Podiumsveranstaltung zum Thema Managed Care durchgeführt. Dabei zeigte sich: Die FMP hat dazu eine klare Meinung und wird sie nach der Verabschiedung der Vorlage durch das Parlament auch vertreten.

FMP-VORSTAND

Am 26. Mai lud die FMP ins Restaurant Carlton in Zürich zu einer öffentlichen Podiumsveranstaltung ein. An der Diskussion nahmen neben Ständerat Felix Gutzwiller (FDP), Nationalrat Toni Bortoluzzi (SVP), Urs Stoffel (Präsident AGZ) und Hans-Ulrich Bürke (Präsident FMP) diverse politische Schwergewichte teil. Die Veranstaltung wurde von Benjamin Tommer, Redaktor der «NZZ am Sonntag», geleitet.

Im Rahmen des Podiumsveranstaltes wurde die Managed-Care-Vorlage noch einmal gründlich diskutiert. Es zeigte sich, dass es keineswegs sicher ist, ob diese Gesetzesvorlage am Ende der Herbstsession wirklich auf eine Mehrheit im Stände- und Nationalrat zählen können. Zahlreiche Fragen zu dieser Vorlage sind noch offen oder werden kontrovers diskutiert. Nach wie vor ist völlig unklar, weshalb Managed-Care-Modelle gegenüber der freien Arztwahl finanziell privilegiert werden sollen.

Die Diskussion mit dem Publikum zeigte, dass die Politiker einen schweren Stand haben, die Managed-Care-Vorlage gegenüber den Ärzten zu vertreten. Im Verlauf des Gesprächs wurde immer deutlicher, dass im Zentrum der Vorlage vor allem die Netzwerker stehen – also Betriebswirtschafter und Büro-

ärzte, welche den Ärzten dann erklären, wie man einen Patienten effizient gesund macht. Soll das Gesundheitswesen an Betriebswirtschafter und Softwareprogrammierer verkauft werden?

Diese Fragen muss die Politik beantworten. Die FMP hat dazu eine klare Meinung. Dies zeigte auch die Podiumsdiskussion im Mai 2011 in aller Deutlichkeit.

Auftakt zur Unterschriftensammlung

Mit der Annahme der Managed-Care-Vorlage will das Parlament die Staatsmedizin in der Schweiz einführen. Damit setzt sich der Trend zur Verstaatlichung des Gesundheitswesens fort (s. Spitalliste, hoch spezialisierte Medizin, Pflegeheim- und Spitex-Finanzierung). Die Politik will Ärzten die Möglichkeit zur freien Berufsausübung nehmen. Wir sollen unter dem Diktat der Politik und der Betriebswirtschafter Kassenwarte der Patienten spielen.

Ärzte wollen aber Menschen behandeln und nicht Rechnungen kontrollieren. Deshalb muss das Referendum gegen die Managed-Care-Vorlage ergriffen werden. Ende September hat in Bern der erste Round Table zum Auftakt der Unterschriftensammlung stattgefunden. Der Vorstand der FMP hat bereits die Gestaltung und den Druck der Unterschriftenbögen in Auftrag gegeben und ein stattliches Budget für die initialen Arbeiten gesprochen.

FMP beschliesst Beitritt zum Gewerbeverband

Der FMP-Vorstand hat sich, wie an dieser Stelle bereits berichtet, zu einem Beitritt zum Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) entschlossen. Der SGV ist ein wichtiger Allianzpartner für die FMP, welcher hilft, das Gesundheitswesen vom Staat wegzuführen und die unternehmerischen Freiheiten der Ärzte zu schützen. Als Mitglied des Gewerbeverbands kann die FMP die Anliegen

der freiberuflich tätigen Ärzte noch besser vertreten und wichtige politische Allianzen knüpfen.

Der Antrag des Vorstands wurde an der Generalversammlung vom 26. Juni diskutiert. Von Seiten des Gewerbeverbands war Kurt Gfeller, Leiter des Bereichs Sozialpolitik, anwesend. Er stellte den Verband und seine Tätigkeiten vor und sprach sich für einen Beitritt der FMP zum SGV aus: Es sei wichtig für das Gewerbe, auch die Anliegen und Einschätzungen unternehmerisch denkender Ärzte zu kennen. Die FMP-Generalversammlung stimmte dem SGV-Beitritt nach kurzer Diskussion einstimmig zu.

Das Gesundheitswesen ist wie kaum ein anderer politischer Bereich durch engmaschige staatliche Regelungen und staatliche Interventionen geprägt. Man gewinnt bald den Eindruck, dass unternehmerisches Denken in diesem Bereich nicht erwünscht beziehungsweise nicht vorhanden ist.

Als freiberufliche Ärzte mit eigener Praxis haben wir hier eine andere Perspektive. Auf der einen Seite sind wir Unternehmer und führen unsere Praxis selbstverantwortlich und mit all den damit verbundenen Pflichten. Auf der anderen Seite aber wehren wir uns dagegen, die Gedankenpolizei bei Patienten im Auftrag des Staates und der Krankenkassen zu spielen. Wir wollen uns auch in Zukunft für eine freiheitliche und unabhängige Berufsausübung einsetzen.

Durch die Ärzteschaft muss ein Ruck gehen – sonst sind wir bald vollumfänglich staatlich bestimmt. Es ist erfreulich, dass die FMP künftig im Rahmen des Gewerbeverbandes auf ein wertvolles Netzwerk zählen darf, um ihre Anliegen noch besser und kraftvoller zu vertreten und im politischen Prozess einzubringen. ❖

Der FMP-Vorstand

* Der besseren Lesbarkeit wegen verzichten wir auf die weibliche Form, gemeint sind immer beide Geschlechter.